

Update aus Düsseldorf

Der monatliche Plenar-Newsletter von Annette Watermann-Krass



Quelle: Jonas Junk/Unsplash

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

das neue Jahr ist noch jung, doch es hält uns alle bereits ordentlich auf Trab. Der Impfstart, Distanzunterricht und ein neues Pandemiegesetz leisten ihren Beitrag dazu. Leider werden diese Dinge begleitet von planlosem Handeln der Bundesregierung: Die Terminvergabe für die Impfungen: ein großes Chaos. Das neue Pandemiegesetz schränkt die Rechte des Parlaments maßgeblich ein und nicht zuletzt lässt auch die Schulpolitik erneut Konzepte und Weitsicht vermissen. Mit diesen und weiteren Themen beschäftigen wir uns als Oppositionskraft im Landtag – und arbeiten weiter daran, die Landesregierung auf ihre Fehler hinzuweisen und ihr Alternativvorschläge aufzuzeigen.

Wir können aber auch weitaus mehr. Der Landespressekonferenz haben wir am Dienstag unsere Schwerpunktthemen für das kommende Jahr vorgestellt: Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit – die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten eine sozialdemokratische Alternative zum Laschet-Chaos im Parlament. Wir stellen einen Plan für das Distanzlernen vor, wollen für mehr Anerkennung beim Staatsbürgerschaftsrecht sorgen und entgegen der Landesregierung im Zuge der heutigen Unterrichtung, dass Nordrhein-Westfalen den sozialen Neustart wagen muss.

Im Wahlkreis haben mich in den ersten Wochen des Jahres bereits ebenso viele Themen beschäftigt – dabei gibt Corona den Ton an, aber auch andere Inhalte bleiben wichtig. Unter anderem berichte ich dieses mal über meine Arbeit im Petitionsausschuss. Für den Kreis Warendorf habe ich außerdem verlangt, den Zugang zur Schutzimpfung zu erleichtern. Diese und weitere Mitteilungen sind im zweiten Teil des Newsletters zu finden.

Herzlichst Ihre/Eure

Annette Watermann-Krass

Distanzlernen für alle möglich machen - jetzt!

Am Abend des 19.01.2021, haben die Ministerpräsident*innen mit der Bundeskanzlerin eine Verlängerung des Lockdown beschlossen. Damit bleiben die Schulen noch mindestens bis zum 14. Februar 2021 geschlossen. Für Millionen von Schülerinnen und Schülern in NRW geht es in den Distanzunterricht. Die Landesregierung darf die Schulen bei der Planung nicht länger alleine lassen. Wir müssen erfolgreiches Lernen für alle garantieren.

hier geht es zum Antrag [MMD17-12440.pdf](#)



Einen Neustart in der Bildung wagen!

In einer Pressekonferenz am 06.01.2021 haben Schulmeisterin Gebauer und Familienminister Stamp erklärt, wie der Betrieb der Schulen und Kindertagesstätten im Januar 2021 vonstatten gehen soll. Deutlich wurde dabei wieder einmal, wie wenig Vertrauen die Landesregierung in die Expertise von Schulleitungen, Lehrkräften und die Wissenschaft hat.

Vor allem in der Bildungspolitik fährt die Regierung Laschet schon seit Beginn der Pandemie nur auf Sicht. Die schwarz-gelbe Strategie, die Pandemie einfach auszusitzen und dann in NRWs Schulen wieder zur Tagesordnung überzugehen, kann aber nicht funktionieren. Jetzt müssen mutige Entscheidungen getroffen werden. Für einen Neustart in der Bildung!

hier geht es zum Antrag [MMD17-12374.pdf](#)



In dieser Ausgabe:

- 02 DISTANZLERNEN FÜR ALLE MÖGLICH MACHEN - JETZT!
- 02 EINEN NEUSTART BILDUNG WAGEN!
- 03 MUTIGE ENTSCHEIDUNG FÜR DEN NEUSTART SCHULE
- 03 SOWI BLEIBT!!!
- 03 MEINE KOMMENTARE ZUR AKTUELLEN SITUATION DER SCHULEN UND KITAS
- 04 SCHLINGERKURS BEI DER IMPFSTRATEGIE MUSS ENDLICH BEENDET WERDEN!
- 04 IMPFUNGEN SO NIEDRIGSCHWELIG WIE MÖGLICH - FLEXIBLE LÖSUNGEN VOR ORT MÖGLICH MACHEN
- 04 "WIR BRAUCHEN IM KREIS WARENDORF FLEXIBLE UND EINFACHERE LÖSUNGEN FÜR DAS IMPFEN!"
- 05 TEILHABE STATT AUSGRENZUNG JA ZUR DOPPELTEN STAATSBÜRGERSCHAFT
- 05 KREDITE VON DER LANDESREGIERUNG SIND KEINE ECHTE HILFE FÜR KOMMUNEN IM
- 06 VIEL ZU TUN IM PETITIONSAUSSCHUSS: MEINE BILANZ DER LETZTEN JAHRE - AUCH FÜR DEN KREIS WARENDORF

Mutige Entscheidung für den Neustart Schule

Die Schule ist der zweitwichtigste Lebensraum neben dem Elternhaus. Ziel muss es daher sein, so viel Präsenzunterricht wie möglich einzurichten, ohne dabei den Gesundheitsschutz zu vernachlässigen. Wir vertrauen den Schulleitungen und Lehrkräften als Experten vor Ort, die am besten darüber entscheiden können, wieviel Präsenz möglich und Distanz nötig ist. Und wir fordern mutige Entscheidungen von der Landesregierung, um den Neustart der Schulen zu ermöglichen.

[weiter Informationen hier](#)

Aktion #SoWibleibt!

Die Landesregierung plant, das Schulfach Sozialwissenschaften durch das Fach Wirtschaft zu ersetzen. Dabei lernt man genau dort, wie unsere Gesellschaft funktioniert und wie man sich für unsere Demokratie einsetzt. Mittlerweile haben fast 30.000 Menschen dagegen ihren Protest in einer [Online-Petition](#) bekundet. Auch für uns steht fest: #SowiBleibt!

Zu Beginn des Jahres standen vor allem Schulen und KiTas vor einem großen Fragezeichen.

In zwei Pressekommentaren habe ich mich dazu geäußert:

1. Schulen digital fit für die Zukunft machen

„Mit der Verlängerung und Verschärfung des Lockdowns wird die Situation auch für die Schulen nicht leichter. Zwar wurden bereits im Sommer über den landesweiten DigitalPakt drei Millionen Euro für den Kreis Warendorf zur Verfügung gestellt, doch bisher erschweren bürokratische Hemmnisse an vielen Stellen die Umsetzung.

Die Landesregierung steht nun noch dringender in der Verantwortung, diese so schnell wie möglich zu beseitigen. Hier wäre es auch sinnvoll, wenn auf Kreisebene eine zentrale Steuerung und Koordinierung den Bereich der IT-Sicherheit übernehmen würde. Lehrerinnen und Lehrer müssen dann im Umgang mit digitalem Unterricht laufend die Möglichkeit zur Beratung wahrnehmen können. Oberstes Ziel sollte dabei immer sein, für alle Kinder einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Denn Corona darf der Chancengleichheit keinen Strich durch die Rechnung machen.“

2. „Kita-Gebühren für Dezember und Januar aussetzen – Eltern entlasten“

„Die Corona-Pandemie schränkt den Zugang zu Bildung und Betreuung weiterhin ein. In der aktuellen Lage ist es deshalb nur fair, die Kita- und OGS-Beiträge für Dezember und Januar auszusetzen, um die Eltern im Kreis Warendorf nicht noch zusätzlich zu belasten. Viele haben nach wie vor mit Verdienstauffällen und Kurzarbeit zu kämpfen. Jetzt kommt die Kinderbetreuung zuhause erneut als weitere Belastung hinzu. Für die Kinder selbst ist diese Lage schon schädlich genug. Aber auch die Eltern dürfen dabei nicht vergessen werden. Momentan werden viele durch die Kita- und OGS-Gebühren finanziell an ihre Grenzen gebracht. Da muss die Landesregierung jetzt einschreiten und für Entlastung sorgen. Gebühren für nicht in Anspruch genommene Betreuung zu erheben, ist in der aktuellen Situation weder förderlich, noch angebracht.“



Schlingerkurs bei der Impfstrategie muss endlich beendet werden!

Der verpatzte Impfstart hat viele Menschen in NRW gefrustet. Zurecht. Das ist fatal. Denn Impfen ist das wirksamste Mittel gegen die Pandemie. Das Hin und Her und die abrupte Unterbrechung der Impfungen gefährden die Impfbereitschaft. Hier muss ein klares Konzept her.

hier geht es zum Antrag [MMD17-12439.pdf](#)

Impfungen so niedrigschwellig wie möglich - flexible Lösungen vor Ort möglich machen!

Auch wenn der Start misslungen ist, gilt es trotzdem so schnell wie möglich so viele Menschen wie möglich zu impfen.

Damit das überall gleich gut gelingt, brauchen die Kreise und kreisfreien Städte in NRW mehr Freiheit bei der Organisation.

hier geht es zum Antrag [MMD17-12376.pdf](#)

„Wir brauchen im Kreis Warendorf flexible und einfachere Lösungen für das Impfen“

Die große Hoffnung in der Pandemiebekämpfung ruht weiterhin auf einer möglichst flächendeckenden Impfung. Die bisherige Regelung der Landesregierung lässt jedoch die nötige Flexibilität und Effektivität vermissen, die wir jetzt so dringend brauchen. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Fraktion im Landtag NRW für das Plenum in dieser Woche vorgelegt. Durch eine auf unsere Region angepasste Lösung können wir die Akzeptanz und Impfbereitschaft erhöhen. Es kann doch nicht sein, dass beispielsweise ältere Menschen mit dem Taxi oder den öffentlichen Verkehrsmitteln über 30 Kilometer für die zweimalige Impfung fahren müssen. Das Impfzentrum für den Kreis Warendorf liegt in Ennigerloh. Für Menschen aus Telgte, Wadersloh oder Drensteinfurt ist dieser Weg ohne eigenes Auto in der aktuellen Lage kaum zu verantworten. Der Corona-Rettungsschirm wurde bislang kaum genutzt. Von den angesetzten 25 Milliarden Euro sind gerade einmal 5 Milliarden verwendet worden. Am Geld darf die flexible Lösung nicht scheitern, wir brauchen im Kreis Warendorf Unterstützung vom Land. Impfbusse, mobile Impfteams, Zweigstellen von Impfzentren – es gibt pragmatische Lösungen, die genutzt werden könnten. Dafür müsse das Land jedoch die passenden Rahmenbedingungen bieten. Bislang ist es den Kreisen und Kommunen in NRW nicht erlaubt, von den landesweiten Regelungen abzuweichen. Die Verimpfung der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Warendorf scheitert mit Sicherheit nicht an der Bereitschaft der Bevölkerung. Gesundheitsminister Laumann muss Fakten und vor allem Möglichkeiten schaffen, damit wir die Menschen vor Ort schnellstmöglich mit dem dringend notwendigen Impfstoff versorgen und den Kampf gegen das Virus gewinnen können.



Teilhabe statt Ausgrenzung - Ja zur doppelten Staatsbürgerschaft

Über 50 Jahre lang in Deutschland malochen, aber nicht in der eigenen Stadt wählen dürfen? Realität für viele Menschen aus der ersten Einwanderungsgeneration. Diese politische Ausgrenzung wollen wir nicht länger hinnehmen. Deshalb fordern wir die Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft und erleichterte Einbürgerungsbedingungen für die erste Einwanderungsgeneration.

hier geht es zum Antrag [MMD17-12375.pdf](#)



Kredite von der Landesregierung sind keine echte Hilfe für Kommunen im Kreis

Einbrechende Steuereinnahmen bei Bund und Land durch die Corona-Pandemie wirken sich auch auf die Finanzmittel für die 13 Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf aus: In NRW werden die Kommunen zu 23 Prozent an den Einnahmen aus den sogenannten Verbundsteuern beteiligt. Corona-bedingt sinken diese Einnahmen und somit auch der 23-prozentige Anteil.

Um diese Einbrüche auszugleichen, hat der Landtag beschlossen, die fehlende Summe aufzustocken. Allerdings hat die CDU/FDP-Landesregierung das sogenannte Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 lediglich um ein Kreditvolumen in Höhe von rund 943 Millionen Euro erhöht. Diese Summe haben die Städte und Gemeinden somit zukünftig dem Land zurückzuzahlen. Diese Versprechung hoher Summen in Form von Krediten sehe ich als problematisch an: Anstatt den Kommunen die Steuerausfälle aus dem NRW-Rettungsschirm auszugleichen, bekommen sie so langfristig neue Schulden aufgebürdet – die Kreditierung schafft also keine echte Entlastung.

Kommunen im Kreis Warendorf erhalten Kredite in Höhe von 12 Millionen Euro

Im Kreis Warendorf wird insgesamt eine Summe in Höhe von über zwölf Millionen Euro (12.102.488 €) in Form von Krediten zur Verfügung gestellt. Die geplanten Aufstockungen gliedern sich in die Bereiche Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen und Bildungspauschalen.

Als SPD-Fraktion haben wir uns für echte Finanzhilfen und nicht für weitere Schulden ausgesprochen. Der Rettungsschirm des Landes bietet dafür die rechtliche Grundlage und Möglichkeit. Die Landesregierung schafft durch die Überbrückung in Form von Krediten lediglich neue Belastungen in der Zukunft, die leider auch den Kreis Warendorf treffen.

Viel zu tun im Petitionsausschuss: Meine Bilanz der letzten Jahre – auch für den Kreis Warendorf

Seit 2012 bin ich Mitglied im Petitionsausschuss des NRW-Landtages. Eine Arbeit die mir mittlerweile sehr ans Herz gewachsen ist: Gerade in der Coronakrise haben sich viele Menschen an den Petitionsausschuss gewandt und Unterstützung eingefordert. So haben sie von ihrem Grundrecht aus Artikel 17 des Grundgesetzes Gebrauch gemacht und eine Petition gestellt. Mit einer Petition haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich gegen Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen oder ungleiche Behandlung durch staatliche Stellen zu wehren. Der Ausschuss arbeitet das ganze Jahr durch, um stets eine Anlaufstelle zu bieten - auch in der parlamentarischen Sommerpause. Die nichtöffentlichen Sitzungen finden einmal im Monat statt, dort werden die Beschlüsse einvernehmlich getroffen. Jeden Monat bearbeite ich etwa zehn sogenannte „Eingaben“.

Petitionen machen Politik als Anlaufstelle für Menschen erfahrbar

Petitionen sind ein wichtiges Instrument der Demokratie. Den Menschen kann so direkt geholfen werden. Der Petitionsausschuss zeigt uns aber auch immer ein Abbild der aktuellen gesellschaftlichen Lage, gerade wenn viele Menschen Sorgen und Nöte in bestimmten Bereich äußern. Dann werden diese Anliegen an den jeweiligen Fachausschuss weitergeleitet.



Quelle: Landtag

Interessant ist das breite Spektrum der Anliegen: Neben den Coronaschutzauflagen sind Bauanliegen im privaten und öffentlichen Raum, Asylantragsprobleme und finanzielle Belastungen durch gesundheitliche Einschränkungen nur einige Beispiele für die Vielfältigkeit der Petitionen. Den Menschen Unterstützung, Zuversicht und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben, gehören zu den Hauptanliegen meiner politischen Arbeit. Ich möchte dazu aufrufen, nicht den Mut zu verlieren, wenn man sich von staatlicher Seite ungerecht behandelt fühlt. In vielen Fällen kann eine Petition beim Landtag der Ausweg sein.

Zahlen aus dem Kreis Warendorf

In der aktuellen Wahlperiode, also seit 2017, gingen bei mir bereits 107 Petitionen aus dem Kreis Warendorf ein: Spitzenreiter ist dabei mit 46 Petitionen die Stadt Warendorf. Aus Ahlen wurden insgesamt zwölf Petitionen eingereicht, gefolgt von Sendenhorst mit zehn Petitionen. Neun Betroffene aus Sassenberg haben beim Landtag ihre Beschwerde eingereicht, in Beelen waren es fünf und in Telgte und Wadersloh jeweils vier. Aus den restlichen Städten und Gemeinden im Kreis gingen ebenfalls einzelne Petitionen ein. ■

Telefonsprechstunde am 29. Januar

Bei meiner ersten Telefonsprechstunde im Jahr habe ich mich über den großen Andrang sehr gefreut! Viele haben sich gemeldet, weil es leider erhebliche Probleme bei der Vergabe von Impfterminen gibt. Diese Frustration kann ich sehr gut nachvollziehen. Unerklärlich ist für mich vor allem, dass Eheleute sich bisher separat Termine beschaffen müssen. Auch die Möglichkeit, sich an Impfzentren außerhalb des eigenen Kreises zu wenden, muss klarer kommuniziert werden. Die Menschen wurden bei der Terminvergabe allein gelassen - das muss sich dringend ändern!



2020 in Bildern - mein Jahresrückblick





Fotos: privat, Florian Götting

So erreichen Sie uns

Haben Sie Fragen und/oder Anregungen? Kontaktieren Sie uns:

Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Annette Watermann-Krass

Roonstr. 1

59229 Ahlen

T: 02382/9144-50

M: annette.watermann-krass@landtag.nrw.de

www.watermann-krass.de